



Nr. 1/2005

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der Antifaschisten

Der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis war eine an die Selbstaufgabe grenzende Anpassung vorausgegangen. Das rettete weder die Organisationen, noch ihre Funktionäre, die entsetzlichen Repressalien ausgesetzt waren.

Die Lehre aus dem 2. Mai 1933

Der 2. Mai 1933 markiert die bitterste Niederlage, die die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland je erlebt hat. Nachdem die Nationalsozialisten den Ersten Mai – in Verfälschung der Traditionen der Arbeiterbewegung – zum arbeitsfreien „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt hatten, wurden die deutschen Gewerkschaften am Tag danach zerschlagen: SA- und SS-Trupps stürmten die Gewerkschaftshäuser, nahmen Funktionäre gefangen und isolierten sie in Konzentrationslagern von der Gesellschaft. In Einzelfällen trieben sie Verhaftete in den Selbstmord oder ermordeten sie.

Die Niederlage wog umso schwerer, als ihr ein Anpassungsprozess vorausgegangen war, der in der Rückschau schmerzhaft, niederdrückend und beschämend ist. Hatten die deutschen Gewerkschaften noch 1920 mit einem Generalstreik auf den rechtsgerichteten Kapp-Lüttwitz-Putsch geantwortet und die Weimarer Republik gerettet, so schienen sie im Januar 1933 nicht mehr über den früheren Kampfeswillen zu verfügen. Gewiss war das Mittel des Generalstreiks angesichts von mehr als 6,5 Millionen Arbeitslosen 1933 unbrauchbar. Doch deshalb hätte sich die damalige Gewerkschaftsführung nicht widerstandslos den neu-

en Machthabern ergeben dürfen. Die kampflose Kapitulation hat vielfältige Ursachen: Die langsame Aushöhlung der sozialen und politischen Errungenschaften der Republik, die Schwächung durch die Wirtschaftskrise, die bis zu zwei Drittel der Mitglieder arbeitslos machte, und nicht zuletzt eine schleichende Resignation angesichts eines übermächtig erscheinenden Gegners. Schon am 30. Januar 1933, dem Tag der Machtüberlassung an Hitler, hatte Theodor Leipart als Vorsitzender des ADGB gefordert: „Organisation – Nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde.“ Eines der wichtigsten Ziele sollte die Erhaltung der gewerkschaftlichen Organisationen sein. Die darin zum Ausdruck kommende Anpassungsbereitschaft der Gewerkschaften war von Selbstaufgabe kaum zu unterscheiden: So billigte in einer Erklärung vom 23. März 1933 der ADGB-Vorstand gegen alle Prinzipien dem Staat das Recht zu, in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern einzugreifen. Außerdem bot er an, die Arbeit des ADGB der staatlichen Aufsicht zu unterstellen. Selbst über die Form der gewerkschaftlichen Organisation sollte der NS-Staat entscheiden dürfen.

Fortsetzung auf Seite 2.

60. Jahrestag Befreiung von Faschismus und Krieg Samstag, 7. Mai 2005, 12.00 - 15.00 Uhr, Husemannplatz

Mit einem Aktionstag wollen die VeranstalterInnen der „Initiative 8. Mai“ auf dem Husemannplatz in einem bunten Wechsel von Politik und Kultur mit der übrigen Bevölkerung den Tag der Befreiung feiern und der Opfer von Krieg und Faschismus gedenken.

Es reden u.a.:

Annemarie Grajetzky, *Frauen für den Frieden in der Ev. Kirche von Westfalen*

Klaus Kunold, *Zeitzeuge*

Ayla Schmelzer, *Dozentin*

Dr. Hubert Schneider, *Historiker*

Alfred Schobert, *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)*

Kulturbeiträge von:

Black Ash, *Reggae-Band*

Milli Delux: *„Maiglöckchen und Bomben“*, *Szenen aus ihrem musikalischen poetischen Programm rund um das Kriegsende 1945 und heute.*

Kinder- und Familientheater „Traumbaum“, *Szenen aus dem Theaterstück „Lumpenpott“*

Jürgen Schade – *antifaschistische Lieder*

Johan Meijer aus Holland zum Thema *„Zwangsarbeit und Krieg“*

Easy X, *HipHop*

Ruhrpott ZK, *Punk*

Fortsetzung von Seite 1:

Die Lehre aus dem 2. Mai 1933

Erst als die Nazis verlangten, Leipart solle den ADGB-Vorsitz einem Nationalsozialisten übergeben, widersetzte sich die Führung der Freien Gewerkschaften. Allerdings hoffte sie dennoch, die Existenz der Gewerkschaften retten zu können, indem sie am 19. April 1933 zur Beteiligung am nationalsozialistischen Ersten Mai aufrief. Der Höhepunkt der gewerkschaftlichen Anpassungspolitik war damit erreicht. Vermutlich wurden in jenen Wochen falsche Schlussfolgerungen aus der Geschichte gezogen. Man erinnerte sich daran, dass während der Zeit des von Bismarck durchgesetzten Sozialistengesetzes (1878 - 1890) viele gewerkschaftliche Lokalverbände als unpolitische Vereinigung überlebt hatten. ADGB- und viele einzelgewerkschaftliche Vorstände glaubten, durch Anpassung und Verwandlung

in vermeintlich unpolitische Verbände ihre Organisationen samt 6.000 Funktionsarbeitsplätzen sowie die vielen Gewerkschaftshäuser erhalten zu können. Diese Hoffnungen auf einen Platz der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der „nationalen Volksgemeinschaft“ wurden am Vormittag des 2. Mai in brutalster Form zerstört, als sich der Hass der Nazis gegen die Gewerkschaftsbewegung austobte. Die gesamte Organisation wurde der NS-Bewegung einverleibt. Damit fiel auch der organisatorische Rückhalt der Gewerkschaften für Widerstandsaktivitäten aus. Das Vorgehen der Nazis lässt erkennen, dass sie an einer Anpassung und Neutralisierung der drei Gewerkschaftsverbände von vornherein kein Interesse hatten.

Ihr Ziel war deren komplette Zerstörung. Festzuhalten bleibt eine positive

Lehre aus den Ereignissen: Es wurde Schluss gemacht mit Ab- und Ausgrenzungen. Die ersten, bereits im Frühjahr 1933 aufgenommenen Kontakte zwischen den drei Gewerkschaftsrichtungen bildeten die Grundlage für einen Wiederaufbau nach 1945, der dann in eine neue Richtung wies: die Einheitsgewerkschaft. Von dieser Entscheidung und von der gewerkschaftlichen Wachsamkeit gegenüber neonazistischen Tendenzen hat die Demokratie der Bundesrepublik entscheidend profitiert. An diesen Konsequenzen aus dem 2. Mai 1933 gilt es auch heute um der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie willen festzuhalten.

*Hans Koschnick (SPD), unter anderem
Vorsitzender des Vereins
„Gegen Vergessen-Für Demokratie“
Quelle: Ver.di Publik 05/2002*

„Wehret den Anfängen! – Für Frieden und Völkerverständigung aktiv sein“

Die Heftigkeit und aggressive Härte der Auseinandersetzung bis hin zur aufkeimenden Hetze und Gewaltandrohungen hat uns erschreckt, schien sie doch längst überwunden.

Spuren des jahrhundertealten Konfliktes gibt es auch in Bochum, etwa in Gestalt der Kriegsdenkmäler oder in Straßennamen.

An die toten Soldaten aus Bochum und die drei Deutsch-Dänischen Kriege (1848-50; 1864 und 1866), erinnern Denkmäler in Hordel, Wattenscheid-Eppendorf, Querenburg und Wiemelhausen und vier Straßennamen.

- Die Düppelstraße, benannt nach den auf der dänischen Halbinsel Sundewitt gelegenen Düppeler Schanzen, die 1864 von preußischen Truppen unter Beteiligung

von 24 eingezogenen Bochumer Reservisten erobert wurden.

- Die Alsenstraße, benannt nach dem Übergang der preußischen Truppen am 29. April 1864 über den Alsensund.
- Die Tonderner Straße, benannt nach der dänischen Stadt Tondern und
- die Haderslebener Straße, benannt nach der dänischen Stadt Hadersleben, die beide von Preußen beansprucht wurden, aber heute zu Dänemark gehören.

„Gerade nach der leidvollen Geschichte ist es gut, dass Deutsche und Dänen heute zu friedlicher Nachbarschaft und Minderheitenschutz gekommen sind und so ein Beispiel für Völkerverständigung in Europa geschaffen haben. Wichtig für Bochum und Wattenscheid bleibt, Denk-

Für bundesweite Schlagzeilen sorgten die politischen Auseinandersetzungen in Schleswig-Holstein in den letzten Wochen. Im Mittelpunkt stand dabei auch die friesisch-dänische Minderheit und ihre politische Partei der SSW.

mäler und Straßen eindeutiger als bisher als Mahnmale für Frieden und Völkerverständigung zu sehen und auszubauen“, forderte der Sprecher der Ratsgruppe der Sozialen Liste, Günter Gleising, kürzlich.

In der Geschichte der umkämpften Region gibt es viel Bedeutsames und Fortschrittliches, etwa die frühe Abschaffung der bäuerlichen Leibeigenschaft 1804, die Schaffung der Bauernrepublik Dithmarschen im Spätmittelalter oder der Matrosenaufstand von 1918, der zum Signal für den Sturz des Kaiserreiches und das Ende des Ersten Weltkrieges wurde. Zahlreiche Menschen aus der Region, wiederholt unterstützt aus Dänemark, leisteten Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

Günter Gleising

Eine würdige Ruhestätte für die ermordeten Widerstandskämpfer

In Bochum gab es 13 sehr bekannte Folterstätten der SA. Im berüchtigten „Gerther Blutkeller“ folterte die SA 6 politische Gegner zu Tode. Auf der Zeche Gibraltar, an der Ruhr gelegen, richtete die Bochumer SA ein eigenes Konzentrationslager ein. In dieses KZ der SA wurden eine große Anzahl von Nazigegnern, vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, verschleppt, dort mißhandelt und gefoltert. Trotz des unglaublichen Terrors der Nazis konnten sie die Widerstandsbewegung in Bochum nicht vollkommen zerschlagen.

Anfang 1933 formierte sich eine Widerstandsgruppe in Linden in der Bergarbeitersiedlung „Am Röderschacht“ aus Freunden und Mitgliedern der illegalen KPD. Sie hatten eine Schreibmaschine und einen Abziehapparat versteckt, auf dem sie illegale Flugblätter herstellten und verteilten. Die Gestapo spürte die Gruppe auf und verhaftete 32 Mitglieder. Sie wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Eine weitere Widerstandsgruppe existierte bis Mitte 1944 auf dem Bochumer Verein (heute ThyssenKrupp). Die etwa 30 köpfige Gruppe setzte sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen zusammen.

Bei den so genannten „Verhören“ der Gestapo wurden einige der Verhafteten ermordet, die meisten wurden angeklagt und zu Zuchthausstrafen verurteilt. Anfang 1940 fanden sich einige Hitlergegner zusammen, um wirkungsvolle Widerstandsaktionen gegen die Nazis zu beraten. Hieraus entwickelte sich eine der aktivsten Widerstandsgruppen in Bochum, sie umfasste etwa 20 Personen.

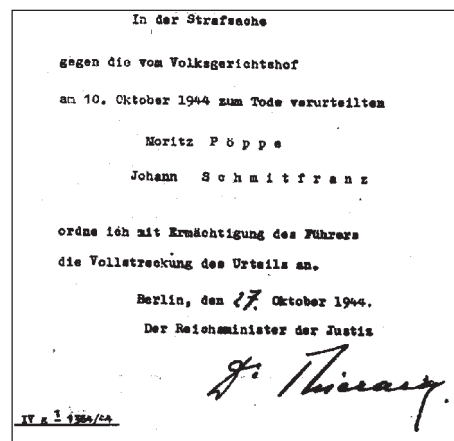
Sie knüpften Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen, insbesondere zu Bochumer Betrieben, wie z.B. zum Bochumer Verein, der Maschinenfabrik Mönninghoff und den Eisen- und Hüttenwerken (jetzt SWB). Die Gruppe kam regelmäßig in den Gastwirtschaften Schütte und Dorlöchter zusammen. Nach der Bildung der Antihitlerkoalition Ende 1941 verstärkten sie ihre Aktivitäten nach außen. Sie fertigten mit Handstempeln sogenannte Streuzettel an, die sie im Bochumer Stadtgebiet verteilten.

Auch die von britischen Aufklärungsflugzeugen abgeworfenen Flugblätter und Aufrufe, wie z.B. die der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ aus München wurden verbreitet, ebenso Informationen über den wahren Kriegsverlauf von Radio Moskau oder BBC London wurden in der Gruppe diskutiert und an die Öffentlichkeit gebracht.

Die Tätigkeit der Widerstandsgruppe Pöppe/Schmidtfranz blieb der Gestapo nicht verborgen.

Nach monatelang geführten Ermittlungen der Gestapo, verhaftete diese im August 1943 die meisten Mitglieder der Gruppe Pöppe/Schmidtfranz. Im Oktober 1944 fand vor dem Volksgerichtshof der Prozess statt. Der 2.

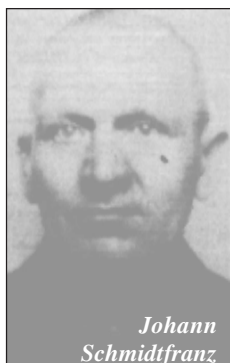
Die Machtübernahme durch die Nazis wurde in Bochum von starken Protesten begleitet. Mit vielfältigen Aktionen wandte sich die Bochumer Arbeiterbewegung gegen die drohende Nazidiktatur. Die Nazis reagierten sehr gereizt auf diese Proteste. Mit unglaublichen Terrormaßnahmen begegneten sie diesen Protesten der Bochumer Arbeiter.



Der Führer ordnet die Vollstreckung an

Senat sprach nach kurzen Beratungen das Urteil. „Im Namen des Volkes“ wurden alle Angeklagten schuldig gesprochen. Moritz Pöppe und Johann Schmidtfranz wurden zum Tode verurteilt und am 6. November 1944 in Brandenburg hingerichtet. Anlässlich des 60. Jahrestages der Hinrichtung von Moritz Pöppe und Johann Schmidtfranz rief die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten dazu auf, den Ehrenrundplatz auf dem Freigrafendamm, die letzte Ruhestätte von 8 Widerstandskämpfern, neu zu gestalten und einen würdigen Gedenkstein für die Hingerichteten zu errichten.

Klaus Kunold



Die VVN - Bund der Antifaschisten hat zu einer Spendenaktion für den Gedenkstein aufgerufen. Wir danken den bisherigen SpenderInnen.

Spenden:

**VVN - BdA, Kto.-Nr. 46309746
Sparkasse Bochum, BLZ 43050001
Stichwort: Gedenkstein**

Gedenken an die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma

Aber das politische Klima in Bochum hat sich verändert. Zum 11. März 2005 lud die Stadt Bochum zu einer Gedenkfeier in die Christuskirche ein. Vertreter der im Rat vertretenen Parteien (bis auf die FDP) nahmen an der Gedenkveranstaltung für die Opfer der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus teil. Die Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Ottilie Scholz, sprach die einführenden Worte. Sie betonte, dass Sinti und Roma verachtet, vertrieben und verfolgt waren, vergessen seien sie in Bochum jedoch nicht. Wir können die Vergangenheit nicht wieder gut machen – aber wir können der schlimmen Ereignisse gedenken. Der Vorsitzende des Landesverbandes NRW Deutscher Sinti und Roma e.V., Roman Franz, erinnerte daran, dass jedes der Opfer einen Namen und eine Geschichte hatte. Er bedankte sich in seiner Rede für die Beharrlichkeit, mit der die VVN die Geschichte der Sinti und Roma aufgearbeitet und die Benennung des Appolonia-Pfaus-Parks durchgesetzt hat. Lutz Berger zeigte in seiner Rede Parallelen zwischen damals und heute auf. 1930 wurden mehrere Familien, die sich an der Feldsieperstraße

sesshaft machen wollten, von Gerichten verjagt, 1995, vor nur 10 Jahren, sprach ein Bochumer Amtsrichter das Urteil, dass „Zigeuner“ nicht als Nachmieter akzeptiert werden müssen. Die Nazihetze von damals verglich Lutz Berger mit Hetztiraden des NPD-Funktionärs Claus Cremer auf der Nazidemo gegen den Bau der Synagoge. Er forderte auf, den Neonazis, unabhängig von der „Recht“-sprechung des Verfassungsgerichtes, gemeinsam entgegenzutreten und ihnen keinen Raum für ihre Hetze zu geben. Faschismus sei eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Anlass zu der Gedenkstunde war die Vorstellung der Ausstellung der VVN - Bund der Antifaschisten zur Verfolgung der Sinti und Roma. Diese Ausstellung soll als Wanderausstellung an Bochumer Schulen gehen. Nach der Gedenkveranstaltung wurden Blumengestecke im Appolonia-Pfaus-Park niedergelegt. Die Ausstellung kann im Internet unter <http://www.bo-alternativ.de/ausstellung/index.html> aufgerufen werden.



Literaturhinweis:
Heft 7 aus der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums



Lutz Berger



Tag der Befreiung – 8. Mai 1945

Vor 60 Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierte die Nazi-Wehrmacht bedingungslos. Empfind die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den 8. Mai als den Tag der Befreiung?

Nein, sie war froh, dass der Krieg zu Ende war. Kein Rennen mit Todesangst in den Bunker oder Luftschutzhäusern mehr, nachts durchschlafen können und nicht von heulenden Sirenen geweckt zu werden.

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung für die Menschen in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Lagern.

Es war der Tag der Befreiung für die Menschen, die aus der Emigration zurückkehrten.

Es war der Tag der Befreiung für die Menschen, die nicht mit den Zielen der Nazis übereinstimmten, für die Menschen, die Widerstand leisteten und für die Deserteure der Nazi-Wehrmacht.

Nach dem 8. Mai 1945 wurden die unterschiedlichsten Begriffe für diesen Tag verwandt: Kapitulation, Zusammenbruch oder Niederlage.



Tag der Niederlage für Nazi-Deutschland

Tag der Niederlage auch für diejenigen Banken und Konzerne, die die Nazis mit an die Macht gebracht hatten und Profit gemacht haben.

Tag der Niederlage auch für diejenigen, die sich durch „Pflichterfüllung“ schuldig gemacht hatten.

Erst als Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag sagte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat

uns alle befreit von einem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Der Begriff von der Befreiung entsprach damals nicht nur einer Notwendigkeit, er war auch Ausdruck der Anschauung in größeren Teilen der Bevölkerung.

Mit den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Day am 6. Juni 2004 kündigte sich bereits eine neue Sprachregelung an, so u.a.:

„Die Befreiung Europas begann in der Normandie.“

Hatten die faschistischen Eroberer nicht schon eine Reihe von Niederlagen durch die Rote Armee erlitten, die mit kriegsentscheidend waren? Wir erinnern an die Winterschlacht 1941 vor Moskau, an die Schlacht um Stalingrad 1942/43 und nicht zuletzt an die Panzerschlacht 1943 im Kursker Bogen:

Wenn jetzt ein Filmproduzent wie Bernd Eichinger, ein „guter Kenner der Materie“, sich in einem Interview so äußert „Von einer Befreiung kann man nur reden, wo die Westalliierten standen, bei der Roten Armee hat sie nie wirklich stattgefunden“, dann liest sich das unserer Meinung nach so, dass vom Westen die „Befreier“ kamen und vom Osten die „Besatzer“.

Dazu muss klar und deutlich gesagt werden, dass die Antihitlerkoalition die Nazi-Wehrmacht zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen hat.



Wenn man der jetzigen offiziellen Sprachregelung vom „Tag des Kriegsendes“ folgt, wird die Machtergreifung der Nazis 1933, die Unterdrückung, die Verfolgung und Ermordung Tausender dabei ausgeblendet, so, als ob 12 Jahre Nazi-Diktatur nicht stattgefunden hätten.

Dies können und wollen wir so nicht hinnehmen. Für uns steht nach wie vor fest: Durch die Kapitulation von Nazi-Wehrmacht und Nazi-Regierung war der Krieg zu Ende und das deutsche Volk, die Völker Europas, vom Faschismus befreit.

Klaus Kunold



Neuerscheinung: Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums, Heft 8:

„Ende und Anfang –
Die Befreiung von
Faschismus und Krieg
Eine Chronologie der
Ereignisse“

Die VVN - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum, gibt anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg in ihrer Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums ein neues Heft heraus.

Autor dieses Heftes ist Günter Gleising. Der Titel der Broschüre lautet: „Ende und Anfang – Die Befreiung von Faschismus und Krieg“.

Die Chronologie dokumentiert die letzten Tage des Zweiten Weltkrieges in Bochum und Wattenscheid. In dem Kapitel „Verdrängt, Vergessen, in Erinnerung gerufen!“ werden die Verbrechen der Nazis gegen Kriegsende dargestellt. Ein Zeitzeugenbericht rundet die Chronologie ab.

Das Heft umfasst ca. 60 Seiten und wird durch entsprechende Fotos ergänzt.

Erhältlich ist die Broschüre beim RuhrEcho Verlag, Tel.: 0234 / 52 49 310, Fax: 0234 / 52 49 311 oder bei der VVN - Bund der Antifaschisten, Tel.: 0234 / 34 603.

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum.
V.i.S.d.P.: Klaus Kunold, 44795 Bochum.
Druck: Eigendruck. **Auflage:** 1.000.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Weitere Broschüren aus der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums

Heft 4

Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid

Die Jahre 1933 - 1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten

EUR 8,00

Heft 6

Zwischen Verdrängung und Spurensuche

Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung

EUR 6,50

Heft 7

Verachtet, vertrieben, verfolgt

Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid

EUR 3,50

www.ruhrecho.de

RuhrEcho Verlag



Zwischen Verdrängung und Spurensuche Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung

Herausgegeben von Klaus Kunold

Bilanz des Umgangs mit der Geschichte der Judenverfolgung in Bochum. Jüdische Zeitzeugen berichten über ihre Erlebnisse während der Verfolgung. In weiteren Aufsätzen wird die Geschichte zwischen den Gegensätzen von Verdrängung und Gedenken dargestellt. Dabei ist Bochum ein Beispiel für den Umgang mit der Geschichte in Deutschland.

ISBN 3-931999-08-4, Euro 6,50.

Tel.: 0234 / 52 49 310,

Fax: 0234 / 52 49 311

Antifaschistischer Stadtrundgang:

Stadtrundgang in der Bochumer Innenstadt anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung von der NS-Herrschaft

Vor 60 Jahren am 8. Mai 1945, kapitulierte die Nazi-Wehrmacht bedingungslos. Damit war die NS-Schreckensherrschaft beendet. Aber wie sah der Alltag der Menschen in Bochum bis zur Befreiung vom Faschismus aus?

Gleichschaltung und Terror, Verfolgung und Vernichtung der politischen Gegner prägten auch das politische Leben in Bochum. Das Schicksal einzelner Menschen und der Alltag einer Stadt lassen sich an vielen Orten erfahrbar machen. Bei diesem Rundgang wollen wir Orte aufsuchen, die den Alltag während der NS-Zeit in Bochum deutlich machen.

**Volkshochschule und
VVN - Bund der Antifaschisten
laden am**

**Sonntag, 8. Mai 2005,
14.00 bis 16.15 Uhr
zum Stadtrundgang ein.**

Treffpunkt:

Bochum Rathaus, an der Glocke.
Entgelt: 3,50 Euro.

Orna Birnbach:

Leben nach der Shoah

Hrsg. von A. Disselnkötter und K. Schiele

Nach ihrer Befreiung aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen kam Orna Birnbach 1964 als Zeugin in NS-Prozessen nach Deutschland. Ende der 90er Jahre wurde sie von Schulen aus dem Ruhrgebiet dazu eingeladen, vom langen Leidensweg ihrer Familie und ihren Erfahrungen mit Nachkriegsdeutschland zu berichten. Zahlreiche SchülerInnen setzten sich mit der Lebensgeschichte Orna Birnbachs auseinander.

ISBN 3-931999-09-2 5,50 Euro
www.ruhrecho.de

RuhrEcho Verlag

